

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

25.11.1925 (No. 274)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlstr. 14.  
Herausgeber:  
Nr. 953  
und 954  
Postkonto:  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. Amend,  
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 2.— Geldwert einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Geldwert. — Samstag 15 Geldwert. — Anzeigengebühr 14 Geldwert für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. — Die nach dem Inhalt der Rechnung zu zahlende Summe ist nach dem Inhalt der Rechnung zu zahlen. — Anzeigen sind bis zum 1. des Monats vor dem Erscheinen der Zeitung zu bringen. — Die Anzeigen sind bis zum 1. des Monats vor dem Erscheinen der Zeitung zu bringen. — Die Anzeigen sind bis zum 1. des Monats vor dem Erscheinen der Zeitung zu bringen.

### Die Lösung der badischen Koalitionsfrage

Die Wahl des neuen badischen Staatsministeriums wird morgen, am Donnerstag durch den Landtag vollzogen werden. Und zwar wird es die Koalition des Zentrums und der Sozialdemokraten sein, welche die neue Regierung bildet. Die neue Koalition wird 44 von 72 Abgeordneten umfassen. Sie wird also über eine mehr als ausreichende Majorität verfügen. Die kurz nach der Wahl von einem deutschvolksparteilichen Blatt vorgeschlagene „Koalition der Bürgerlichen Mitte“ hätte 41 von 72 Stimmen umfaßt. Daß in nächster Zeit Gesetzesentwürfe von der Regierung vorgelegt werden, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern, ist kaum anzunehmen.

Im übrigen braucht die jetzt getroffene Lösung die Partei, die bisher mit Zentrum und Sozialdemokratie die Regierung bildete, durchaus nicht in die Stellung einer Oppositionspartei zu treiben. Jedenfalls sind die Gedankengänge, welche Zentrum und Sozialdemokratie zu ihrem Schritt veranlaßten, nicht so zu beurteilen, als ob nun den Demokraten vor den Kopf gestossen werden soll. Es war eine Art Zwangslage, aus der heraus die beiden großen Parteien des Landtags handelten. Und es sind sehr ernste Erwägungen staatspolitischer Natur gewesen, die sie dabei beeinflussten.

Die badische Regierungskrise zog sich nämlich gar zu sehr in die Länge. Es bestand die Gefahr, daß die ganze Angelegenheit bei noch längerem Hinauszögern ironische Betrachtungen auslöste, denen man eine Berechtigung nicht ganz hätte absprechen können. Im Zusammenhang damit ergab sich weiter die Gefahr, daß die Regierungskrise sich zu einer Staatskrise entwickelte. Der parlamentarisch regierte Staat kann seiner Struktur nach nicht lange ohne feste Mehrheitsbildung und nicht lange ohne eine sich auf diese Mehrheit stützende Regierung sein. Zumal nicht in Zeiten, wie den jetzigen. Und deshalb war es klug und staatspolitisch gehandelt, daß Zentrum und Sozialdemokratie nach der auffallenden Resolution der Deutsch-Demokraten, einer Resolution, die bekanntlich Verhandlungen über die Erneuerung der bisherigen Koalition für zwecklos erklärte, sich zur Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer aus den beiden großen Parteien gebildeten Koalition entschlossen.

Nach einer anderen, sehr ernsten Erwägung hat die beiden Parteien bestimmt. Die Erfahrungen der letzten sieben Jahre und das Ergebnis der jeweiligen Wahlen haben gezeigt, daß es für unser Land nur eine erspriehliche Politik geben kann, nämlich diejenige, die bisher in diesen sieben Jahren gemacht worden ist. Zentrum und Sozialdemokratie wünschen die Fortsetzung dieser bisherigen, durchaus erprobten Politik. Und so wird auch die neue Koalition nichts anderes tun, als sie fortführen. Eine andere Politik würde lediglich dem Rechtsradikalismus Nutzen bringen. Und wenn mit dem Verhalten der Deutschdemokraten irgend jemand eine Freude bereitet worden ist, so sind es sicherlich die Reaktionen aller Schattierungen in Baden, welche über die Resolution des geschäftsführenden Ausschusses und der Landtagsfraktion der Demokratischen Partei entzückt sind. Mit welchen Plänen und Absichten sich zur Zeit der Rechtsradikalismus wieder trägt, das erblickt man deutlich genug aus der aufreizenden Polemik, die jetzt von Ludendorff und seinen Gefolgsleuten gegen den Reichspräsidenten, Herrn von Hindenburg betrieben wird. Auch gegen Hindenburg sind in dieser Polemik Worte gefallen, die in recht besorgniserregender Weise an gewisse rechtsradikale Äußerungen vor der Ermordung Erzbergers und Rathenaus erinnern. Daß die neue Koalition die alten Weggenossen, die Demokraten, nicht brüskieren will, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Besetzung des Postens des Unterrichtsministers endgültig erst später erfolgen soll. In dieser Maßnahme offenbart sich der gute Wille der beiden neuen Koalitionsparteien klar genug. Sowie die Deutschdemokraten zu einer anderen Einsicht gelangen, wird ihrem Wiedereintritt in die badische Regierung sicherlich nichts im Wege stehen.

Der Posten des Staatspräsidenten wird dem Zentrum ausfallen. An dem verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Brauch, daß der Staatspräsident jedes Jahr neu zu wählen ist, wird damit nichts geändert. Um das Gewicht der Sozialdemokraten im Kabinett zu verstärken, soll die Sozialdemokratie für die Dauer der jetzt gebildeten Koalition noch einen zweiten Staatsratsposten im Staats-

ministerium erhalten. Das Zentrum wird also im Kabinett über zwei Minister- und einen Staatsratsposten verfügen, und einer seiner Minister wird Staatspräsident sein; die Sozialdemokratie wird mit einem Minister und zwei Staatsräten im Kabinett vertreten sein.

Wir sind überzeugt, daß alle vernünftigen und besonnenen Elemente im Lande, alle Mitbürger, denen eine geordnete und ruhige Fortführung der Staatsgeschäfte wichtiger ist als die Aufrechterhaltung krisenhafter Zustände, die von den beiden großen Parteien gefundene Lösung begrüßen und als eine Notwendigkeit anerkennen werden, die sich nach Lage der Dinge nicht umgehen ließ. Die Möglichkeiten für die Bildung einer andersgearteten Koalition bleiben offen. Sollten sich diese Möglichkeiten wider alles Erwarten nicht auswirken lassen, so wird die neue Koalition und die aus ihr hervorgegangene Regierung unbeirrt auch weiterhin ihre Pflichten dem Lande gegenüber zu erfüllen wissen.

Der „Badische Beobachter“ veröffentlicht heute folgende Erklärung:

„Die Zentrumsfraktion hat in ehrlicher, politischer Überzeugung und mit selbstloser Absicht die große Koalition erstrebt. Sie hält auch heute noch an diesem Ziele fest. Als diese Versuche zum Scheitern gebracht wurden, bemühte sie sich um die Bildung der bisherigen Koalition. Da auch diese Verhandlungen gegen Erwarten abgebrochen wurden; des Landes Wohl aber eine verantwortliche, von einer sicheren Mehrheit getragene Regierung fordert, hat sich die Fraktion der Pflicht gegen die badische Heimat nicht entzogen und der Lösung zugestimmt, die zunächst lag und zugleich die Möglichkeit der weiteren Entwicklung im Sinne der seit 7 Jahren eingehaltenen Linie bietet. Je schwerer die Zeiten sind, je weniger Sinn für Verantwortlichkeit im öffentlichen Leben anzutreffen ist, desto ernster und gewissenhafter hat das Zentrum seine Pflicht gegen Volk und Vaterland zu tun. Die Fraktion ist sicher, darin volles Verständnis bei der Wählererschaft im Lande zu finden.“

Zentrum und Sozialdemokraten schlagen gemeinsam die kommende Regierung vor. Eine Reihe von Verlautbarungen, die bisher durch die Presse gingen, sind irrig. Ebenso sind irrig, die auf diesen falschen Voraussetzungen aufgebauten Betrachtungen. Wir verstehen, daß das demokratische „Heidelberger Tagblatt“ dem Herrn Unterrichtsminister Dr. Sellpach eine Note zum Abgang hält. Nicht verstehen wir aber, daß jetzt schon die Sozialdemokratie scharf gemacht werden soll, als ob sie vor dem Zentrum und seinen Nachbarn „kapituliert“ habe. Wenn niemand mehr eine „Machtherrschaft“ bisher getrieben hätte und noch treiben wollte, würde die badische Politik in sehr ruhigen Bahnen dahin laufen. Der politische Plan, Zentrum und Sozialdemokratie gegen einander aufzubringen, wird nicht gelingen, das möge sich auch das „Heidelberger Tagblatt“ ruhig gesagt sein lassen. Im übrigen wird es gut tun, wenn es die Sprache der Tatsachen abwartet.“

Der heutige „Volkshorn“ publiziert folgende Erklärung: „Die Verhandlungen der Parteien über die Bildung der neuen Regierung sind zum Abschluß gebracht. Der Landtag ist auf den 28. November zur Wahl des Staatsministeriums einberufen. Ziel der sozialdemokratischen Fraktion bei allen Bestrebungen war die Fortsetzung der bisher in Baden betriebenen republikanischen, demokratischen und sozialen Politik. Dieses Ziel schien am zweckmäßigsten durch Weiterführung der Weimarer Koalition unter den bisherigen Modalitäten zu erreichen, also durch eine Regierung getragen von Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie. Wider alles Erwarten ist sie jedoch durch die Demokratie unmöglich gemacht worden. Dadurch ist aber das Ziel nicht unmöglich geworden. Die sozialdemokratische Fraktion wird unbeirrt für die Fortführung der bisherigen Linie der badischen Politik eintreten und bildet zusammen mit dem Zentrum die neue Regierung, welche die Politik der Weimarer Koalition fortsetzen wird, auch wenn die Demokraten nicht mitmachen. Das neu zu bildende Staatsministerium verfügt über eine sichere Stütze von 44 Abgeordneten im Landtag, der insgesamt 72 Abgeordnete zählt. Es wäre eine schwere Schädigung der Interessen des werktätigen Volkes gewesen, wenn nicht die Fraktion die letzte sich bietende politische Möglichkeit ergriffen hätte, um zu verhüten, daß in Baden das Acker des Staatsstoffs nach rechts herumgeworfen wird. Im Bewußtsein der schweren Verantwortung, die einer Partei von der Größe der Sozialdemokratie auferlegt ist, hat die Fraktion deshalb einstimmig beschlossen, gemeinsam mit dem Zentrum die Regierung zu bilden und die bisherige republikanische, demokratische und soziale Politik in Baden fortzusetzen. Die in der demokratischen Presse enthaltenen Nachrichten über die Zusammensetzung der künftigen Regierung sind falsch, wie sich bei der Wahl des Staatsministeriums zeigen wird.“

Die Gründung einer preussischen Landespreisprüfungsstelle. Das „B. L.“ erzählt, daß die mittlere Preisprüfungsstelle Berlin in eine Landespreisprüfungsstelle für ganz Preußen umgewandelt werden soll. Die Preisprüfungsstellen in der Provinz sollen zum größten Teil weiter bestehen bleiben und Direktiven, sowie Material für ihre preisregelnde Tätigkeit von der Landespreisprüfungsstelle erhalten. Dieser sollen wesentlich stärkere Nachmittel zur Verfügung gestellt werden als der bisherigen mittleren Preisprüfungsstelle.

### Die Locarnodebatten vor dem Reichstag

Der Reichstag hat am gestrigen Dienstag in eifriger Dauer Sitzung die erste Lesung der Locarno-Verträge beendet und diese an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Morgen Donnerstag und am Freitag sollen die zweite und dritte Lesung im Reichstag stattfinden, so daß die Unterzeichnung in London am 1. Dezember erfolgen kann. Nach dem deutsch-nationalen Oppositionsredner Graf Westarp, der sich übrigens sachlich ausdrückte, gab das Zentrum durch Fehrenbach eine förmliche Erklärung ab, worauf Abg. Koch für die Demokraten, Scholz für die Volkspartei und Thälmann für die Kommunisten sprach. Dann wandte sich Außenminister Stresemann gegen die Kritik der Verträge, worauf die Vertreter der kleineren Parteien zu Wort kamen.

Nach dem Beschlusse des Ältestenrats wird am Samstag der russische Handelsvertrag beraten und am Montag wird die dritte Beratung des Reichshaushalts begonnen werden. Die Haushaltsberatung soll bis zur Weihnachtspause abgeschlossen werden. Die Tage von Freitag nächster Woche bis Dienstag übernächster Woche werden von Plenarsitzungen frei bleiben.

W. V. Berlin, 24. Nov.

Im weiteren Verlauf seiner Rede führte Graf Westarp (Dn.) noch aus: Die Räumung der Kölner Zone bedeutet kein Entgegenkommen, sondern einen klaren Rechtsanspruch. Durch die neuen Bestimmungen in der Entwaffnungsfrage wird die Stellung des Generals von Seeck so verändert, daß die vaterländischen Verbände dem Minister Seegering und ähnlichen Leuten ausgeliefert werden. Solange feindliche Truppen auf deutschem Boden stehen, befindet sich Deutschland nicht in dem Zustande des Friedens, den Locarno bringen sollte. In eingehenden Beratungen sucht der Redner dann nachzuweisen, daß das Vertragswerk von Locarno verfassungsändernde Abmachungen enthalte, also seine Annahme im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit erfordere. Die Paraphierung selbst widerspreche ferner dem unverbindlichen Charakter der Konferenz, dem wir zur Vorbedingung unserer Zustimmung gemacht hatten. Sie widerspricht auch der Bitte, die nach einer Mitteilung des Ministers Braun auf dem Zentrumsparteitag das in Berlin weilende Kabinett noch in letzter Stunde nach Locarno gerichtet hat. Das Kabinett hat selbst mitgeteilt, daß Minister Schiele in der Sitzung vom 19. Oktober eine Willigungserklärung des Reichskabinetts abgelehnt hat, bevor den Ministern Einsicht in die gesamten Unterlagen gegeben sei. Herr Schiele hat wiederholt betont, daß das Kabinett den Delegierten die eigene Verantwortung für die Paraphierung nicht abnehmen könne. Damit ist das Märchen von den „lauten u. freudigen Ja“ meines Freundes Schiele erledigt. Der Kabinettsbeschluss vom 22. Oktober enthielt für die deutsch-nationalen Minister keinerlei materielle Bindung auf das Ergebnis von Locarno, sondern lediglich die Zustimmung zu weiteren Verhandlungen, durch die das Vertragswerk annehmbar gemacht werden sollte. Wenn das Ausland erfährt, daß unsere Partei von 8 Millionen Wählern und die hinter ihr stehenden Kreise der vaterländischen Bewegung und der Wirtschaft ohne wirkliche Gleichberechtigung und ohne greifbare Vorteile nicht zu haben ist, so wird dies von größtem Nutzen sein.

Abg. Fehrenbach (Zentr.) verliest eine längere Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt: Unser Ziel ist die Entwicklung unserer Nation aus der Knechtschaft zur Freiheit, aus Not und Elend zur wirtschaftlichen Gesundung. Wir wissen, daß dieses Ziel nur schrittweise zu erreichen ist. Ein großer Schritt auf diesem Wege ist das Vertragswerk von Locarno. Wir leisten mit diesem Vertrag keine neue, diesmal freiwillige Unterschrift unter das Versailler Diktat und keinen Rechtsverzicht auf deutsches Land. Als eine notwendige Auswirkung der Verträge von Locarno erachten wir die Befreiung der zweiten und dritten besetzten Zone (Weisfall). Mit dem Geiste dieses Vertrages ist es nicht vereinbar, deutsches Land mit fremden Truppen besetzt zu halten und vereinbart damit ist auch die Hinanschiebung der Abstimmung an der Saar bis zum Jahre 1935. Das Zentrum sieht daher in voller Übereinstimmung mit seinen Wählern in rheinischen Landen in den bisher gewährten Erleichterungen keinen Anlaß zur freudiger Genehmigung, denn sie bleiben hinter dem zurück, was nach den Verhandlungen von Locarno erwartet werden mußte. Andererseits bedeutet aber Locarno die Beendigung der Ära der Sanktionen und Gewaltpolitik gegen Deutschland. So kommen wir nach reiflicher Überlegung zu dem Ergebnis, daß die Vorteile des Vertragswerkes zu erheblich sind, daß wir die Befreiung der ihm noch anhaftenden Mängel der Zukunft überlassen können. Trotz mancher Bedenken gegen seine bestehenden Satzungen sind auch wir für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, weil wir glauben, daß wir damit nicht zu einer einseitigen Stellung gegen Ausland genötigt werden.

Abg. Dr. Scholz (Vp). Bei der Beurteilung der Vorlage dürfen wir leider nicht von dem Standpunkte ausgehen, daß sich Staaten von gleicher politischer Macht und gleicher wirtschaftlicher Stärke gegenüber stehen. Das durch den verlorenen Krieg geschwächte Deutschland hat nicht die gleichen Nachmittel, wie seine Verhandlungspartner. Ich komme gewiß nicht in den Verdacht, ein Pazifist zu sein. Deutschland braucht aber jetzt keine Politik, die ihm gestattet, in friedlicher Arbeit wirtschaftlich und politisch zu erstarren. (Zuruf links: „Wie sind also doch Pazifist“). Die Verträge bringen auch fühlbare Erleichterungen für das Rheinland. Namens seiner Partei macht der Redner dann einige Feststellungen zu den Locarno-Verträgen. Eine Anerkennung der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges ist nicht erfolgt. Wir erwarten, so erklärt

der Redner, von der Reichsregierung, daß beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erneut die Feststellung von der Schuldlosigkeit Deutschlands am Kriegsausbruch getroffen wird. Eine wesentliche Verkürzung der Besetzung der 2. und 3. Zone würde den viel besprochenen Geist von Locarno in der Praxis zeigen. Dann wendet sich der Redner zu den deutsch-nationalen und bezeichnet die Rede Westarp als verständlich. Mit großem Ernst aber muß ich mich gegen die deutsch-nationalen Zeitungen wenden, die uns und anderen, die sich nicht leichtens Herzens vernunftgemäß für Locarno einsehen, die vaterländische Gesinnung abzuspüren. Wir nehmen für uns in Anspruch, mindestens ebenso so national zu fühlen, wie die deutsch-nationalen Volkspartei. Wir betätigen aber unsere vaterländische Gesinnung nicht durch Worte allein und durch Schlagworte.

Abg. Thälmann (Kommunist) lehnt in längeren Ausführungen die Locarno-Verträge ab.

Abg. Koch-Weser (Demokrat): Im Gegensatz zum Reichstagsler betrachten wir Locarno nicht als einen Anfang, sondern als eine Etappe auf dem Wege, den wir seit 6 Jahren gegangen sind, um Deutschland durch Verhandlung zur Freiheit zu führen. Wir müssen die Aufhebung der Besatzung und die frühere Abstimmung im Saargebiet erreichen. Unsere Mitwirkung im Völkerbund müssen wir dazu benutzen, den Anschluß Österreichs durchzusetzen. Der Hauptgegner dieses Anschlusses ist jetzt Mussolini, obwohl Italien geneigt worden ist unter der Sympathie des deutschen Volkes und unter Mitwirkung der preussischen Waffen. Das wertvollste für uns ist der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wir werden im Völkerbund auch wirksamer eintreten können. Unser Schritt richtet sich in keiner Weise gegen Rußland; wir wollen vielmehr den Völkerbund aus einem Weltbund zu einem Weltbund machen. Wir erstreben die europäische Jollunion. Die Annahme der vorliegenden Verträge bedeutet keine Verfassungsänderung. Außenpolitisch ist das Wort von Locarno gewiß ein Fortschritt, aber innenpolitisch ist es ein schweres Fiasko für die Regierungspolitik des letzten Jahres. Es ist die glänzendste Rechtfertigung unserer Haltung vor zwei Jahren, als wir ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen ablehnten, weil mit ihnen keine Außenpolitik zu machen ist. Es darf keine Partei (zu den Sozialdemokraten) sich hinter innenpolitischen Gegensätzen verbergen. Mehr denn je brauchen wir ein Zusammenwirken aller aufrechten Anhänger einer Verständigungspolitik (Beifall bei den Demokraten).

Im weiteren Verlauf der Locarno-Debatte ergriff Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort und erklärte, daß ein deutsches Eingreifen bezüglich des Sicherheitspaktes unbedingt notwendig gewesen sei, wenn nicht ein einseitiges Eingreifen der Gegenseite gegen uns erfolgen sollte (Hörl hörte). Der Redner suchte aus dem Vertragstext und aus den Erklärungen von alliierten Staatsmännern nachzuweisen, daß der Locarno-Vertrag keineswegs die Möglichkeit ausließe, die bestehenden Grenzen im Wege friedlicher Verständigung zu ändern. Zur Kriegsschuldfrage habe Deutschland bei Einleitung der Verhandlungen so deutliche Erklärungen abgegeben, daß man in der Unterschrift unter dem Vertrag ein neues Schuldanerkenntnis unter keinen Umständen erblicken könne. Von einer Westorientierung gegen Rußland könne nicht gesprochen werden, denn es wäre damit die Tatsache unvereinbar, daß wir jetzt mit Rußland einen Handelsvertrag abgeschlossen haben. Die deutsche Delegation habe ohne Widerspruch den Ausschluß des in Artikel 16 vorgesehenen Durchmarschrechtes, die militärische Hilfeleistung, sowie Hilfeleistung bei wirtschaftlichen Maßnahmen gebilligt und es sei ihr dies zugestanden worden. Mit dem Vertrag von Locarno wolle man eine Deutschlands Lebensmöglichkeit und seine Freiheit wieder erringen.

Der Abg. Dr. Wehr (Wg.) wandte sich gegen den Vertrag von Locarno und beantragte die Behandlung der Völkerbundsfrage in einem besonderen Gesetz. Bei Ablehnung dieses Antrages werde seine Partei gegen die Vorlage stimmen.

Graf Reventlow (Wölkisch) erklärte es habe keine Notwendigkeit vorgelegen, für die Absendung des Februararmemorandums.

Nach einigen Ausführungen des Nationalsozialisten Stauffer wurde die Locarno-Vorlage dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Ihre zweite und dritte Beratung im Plenum soll erst am Donnerstag und Freitag erfolgen.

#### Die Bayerische Volkspartei

Die Bayerische Volkspartei des Reichstages ist noch zu keinem festen Beschluß über die Locarno-Vorlage gelangt. Sie wartet vorläufig noch ab, in welcher Weise einige Fragen noch im Auswärtigen Ausschuss aufgearbeitet werden und wird ihre Entscheidung erst kurz vor der dritten Lesung fällen. Alle bisherigen anders lautenden Meldungen über die Stellung der Partei treffen nicht zu.

#### Die neue französische Besetzung in Trier

WZ. Trier, 26. Nov. Die Wolfs Westdeutschem Provinzialdienst zu der neuen Besetzung in Trier von der Stadtverwaltung mitgeteilt wird, wurde ihr gestern amtlich bekanntgegeben, daß Stab und Dienststellen eines Armeekorps, sowie Stab und Dienststellen einer Kavalleriedivision nach Trier verlegt werden, daß jedoch Stab und Dienststellen der hiesigen Infanteriedivision nicht in Trier bleiben, so daß eine kleine, immerhin aber gegenüber den Befürchtungen der letzten Tage nicht unbedeutende Erleichterung eintritt. Entsprechend der Abgabe von Offizieren der hiesigen Infanteriedivision werden weniger Quartiere gefordert.

#### Die neuen englischen Garnisonen am Rhein

Das von den Engländern neu besetzte Gebiet wird nach Blättermeldungen aus Frankfurt folgende Garnisonorte umfassen: Wiesbaden, Viebrich, Dohheim, Schierstein, Eltville, Geisenheim, Müdesheim, Langenschwalbach, Idstein, Königstein, Hofheim, Fildesheim, Hochstein, Wingen und Jügelheim. Als Hafen für die englische Rheinflotte ist Wingen in Aussicht genommen.

Das deutsch-niederländische Wirtschaftsabkommen. Dem Amsterdamer „Telegraaf“ zufolge besteht große Wahrscheinlichkeit, daß das neue deutsch-niederländische Wirtschaftsabkommen noch in dieser Woche unterzeichnet werden wird. Von Seiten Deutschlands ist — so meldet der Correspondent — für eine Anzahl von landwirtschaftlichen und Gärtnereiprodukten eine wesentliche Herabsetzung der Einfuhrzölle zugestanden worden, wogegen die niederländische Regierung in eine Verlängerung des Deutschland gewährten Kredites bis zum Jahre 1935, sowie in eine Herabsetzung des Zinsfußes eingewilligt hat. Bezüglich der deutschen Eisenbahn-Vorzugs-tarife sollen die Niederlande in Zukunft dieselbe Behandlung wie Belgien erfahren.

## Politische Neuigkeiten

### Die Abfindung der Fürstentümer

Die demokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Initiativgesetzentwurf im Reichstag eingebracht:

§ 1. Die Länder werden ermächtigt, die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früheren regierenden Fürstentümern, soweit sie noch nicht stattgefunden hat, durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges zu regeln.

§ 2. Wird durch ein Landesgesetz eine Entschädigung ausgesprochen, so kann die Entschädigung ebenfalls durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges festgesetzt werden.

§ 3. Soweit bereits erlassene Landesgesetze eine Entschädigung aussprechen, wird die Entschädigung mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wirksam. Die Entschädigung kann auch in diesem Falle durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges festgesetzt werden.

§ 4. Bei der Festsetzung der Abfindungen und Entschädigungen ist der Wersfall der Ausgaben zu berücksichtigen, die von den früheren regierenden Fürstentümern für die Hofhaltung, für die Repräsentation, für die Unterhaltung der Hoftheater und für sonstige mit der Hofhaltung zusammenhängende Zwecke gewährt worden sind.

§ 5. Soweit die Fürstentümer bereits rechtskräftig abgefunden worden sind, erfolgt eine Aufwertung nach den Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes mit der Maßgabe, daß die Aufwertung, wenn sie nach diesem Gesetz über 25 Prozent hinaus zulässig ist, den Goldmarkwert der gewährten Abfindungssumme nicht übersteigen darf.

§ 6. Dieses Gesetz tritt mit der Verkündung in Kraft.

Abkündigung der Abfindungsverhandlungen mit den Hohenzollern. Die Vergleichsverhandlungen der preussischen Regierung mit den Vertretern des Hohenzollernhauses in der Frage der Abfindung stehen, wie WZ. meldet, vor dem Abschluß. In der nächsten Woche wird eine entsprechende Vorlage dem preussischen Kabinett vorgelegt werden. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die in einem Teil der Presse genannten Zahlen — es wurde z. B. von einer Milliarde Mark gesprochen — als phantastisch bezeichnet werden müssen.

### Der Streit zwischen Dr. Geßler u. Dr. Luppe

Reichstagsabg. Dr. Haas (D.), der vom Reichswehrminister Dr. Geßler und Oberbürgermeister Dr. Luppe gebeten wurde, zur Klärung der zwischen ihnen eingetretenen Streitfragen als gemeinsamer Vertrauensmann die erforderlichen Feststellungen zu machen, teilt als Ergebnis seiner Prüfung u. a. mit: Dr. Geßler ist im Herbst 1924 von einer der monarchistischen Bewegung in Bayern nahebestehenden Persönlichkeit auf neue Gesehren, die aus Bayern drohen, aufmerksam gemacht worden. Dr. Geßler hat hierauf sofort im Benehmen mit dem Reichspräsidenten Ebert die Schritte eingeleitet, die die Bewegung vor der Durchführung eines Staatsstreiches niederhalten sollten. Anfangs Oktober 1924 hat Dr. Geßler in einer Unterredung mit Dr. Luppe in Nürnberg auf die alte Gefahr, sowie auf die sich daraus aus der Psyche des bayerischen Volkes ergebenden Gefahr hingewiesen und in diesem Zusammenhang gesagt, daß mit einem Eingreifen der Reichswehr bei bayerischen Verfassungsverstößen nicht zu rechnen sei. Er habe, wie Dr. Luppe anerkennt, damit auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die hätten entstehen können, wenn die Angelegenheit der bayerischen Staatspräsidentenschaft in einer formell der Reichsverfassung nicht widerprechenden, politisch aber sehr bedeutungsvollen Form behandelt worden wäre. Dr. Luppe erklärt, daß Dr. Geßler vor allem darauf aufmerksam machen wollte, daß man versuchen müsse, die Entwicklung im Reime zu erledigen, bevor es zum Konflikt komme. Dr. Luppe machte dem Schriftsteller Emil Ludwig bei einer Unterredung über die bayerische Entwicklung historisch referierend von seinem Gespräch mit Dr. Geßler Mitteilung. Ludwig habe das Gespräch ohne Zustimmung von Dr. Luppe unrichtig in die Öffentlichkeit gebracht.

### Die Kabinettsbildung in Frankreich

Ist vom Präsidenten der Republik dem Senator Paul Doumer übertragen worden. Doumer verhandelte Dienstagabend mit Senatspräsident de Selves, Kammerpräsident Herriot und mit Painlevé. Man rechnet damit, daß Briand Außenminister bleibt.

Dadurch, daß nun die Sozialisten sich bereit erklärt haben, an der Regierung teilzunehmen, ist, wie „Deutsche“ schreibt, die Lage so völlig geändert, daß es vielleicht besser sei, wenn Doumer seine nunmehr unnötigen Bemühungen aufgäbe. — In den Wandelgängen der Kammer wurde erklärt, daß Herriot die Bildung eines Kabinetts des Kartells der Linken, dem die Sozialisten angehören, nicht übernehmen wollte, weil Doumer als geeigneter Mann für die Kabinettsbildung genannt werde. Auch „Avenir“ erklärt: Doumer wird keinen Erfolg haben. Seine Auffassung von der Lösung der Finanzkrise ist zu verschieden von der des Kartells der Linken.

Ende des Streiks in der chemischen Industrie. In dem Lohnstreik in der chemischen Industrie der Provinz Hessen-Nassau und des Freistaates Hessen fanden am Dienstag im Reichsarbeitsministerium nochmals Einigungsverhandlungen statt, die jedoch nicht zu einem Erfolg führten. Der Reichsarbeitsminister hat alsdann den Schiedspruch der Schlichtungskammer vom 13. November 1925, der bekanntlich von beiden Parteien abgelehnt worden war, für rechtsverbindlich erklärt. Nach dem Schiedspruch sind die Kampfmaßnahmen der Parteien einzustellen. Dies bedeutet das Ende des Wirtschaftskampfes in der chemischen Industrie in Hessen-Nassau und im Freistaate Hessen.

Ein Schlichter für die Reichsbahnen bestellt. Wie der „Vorwärts“ meldet, hat das Reichsarbeitsministerium den Staatssekretär a. D. Dr. Nüßlin zum Schlichter für die verschiedenen Lohnstreiks in einer Reihe von Reichsbahndirektionsbezirken ernannt. Ein Termin für den Beginn der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium, wo die einzelnen Schlichtungsverfahren zusammenfassend erledigt werden sollen, ist noch nicht bekannt. Die Organisationen der Eisenbahner werden dafür eintreten, daß auch für die übrigen Bezirke über eine Neuregelung der Löhne der Eisenbahnarbeiter im Reichsarbeitsministerium verhandelt werden soll.

Einberufung des hessischen Landtages. Landtagspräsident Adelung hat, wie aus Darmstadt gemeldet wird, den hessischen Landtag auf den 8. Dezember einberufen. Die Tagung wird etwa 14 Tage dauern. Außer dem Voranschlag stehen etwa 100 Beratungsgesandtschaften auf der Tagesordnung.

Abolf Damaskische Ehren doktor der Giesener Universität. Die theologische Fakultät der hessischen Landesuniversität Gießen hat Dr. jur. h. c. Adolf Damaskische-Berlin, anlässlich seines 60. Geburtstages, im Hinblick auf seine großen Verdienste um die Völkervereinigung ehrenhalber zum Doktor der Theologie promoviert.

## Kurze Nachrichten

Reichsbankpräsident Dr. Schacht aus Amerika zurück. Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit Frau und Töchter und dem amerikanischen Mitgliede des Reichsbankdirektoriums sind Dienstag vormittag von New-York kommend, in Rotterdam eingetroffen und reisten nach dem Haag weiter. Nachmittags erfolgte die Weiterfahrt nach Berlin.

Ein Lebensmittelgesetz. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates stimmte einmütig einem von der Reichsregierung zur Begutachtung vorgelegten Entwurf über den Verkehr mit Lebensmitteln und anderen Bedarfsgegenständen (Lebensmittelgesetz) zu. Dieser Entwurf soll an die Stelle des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879 treten.

Das deutsch-holländische Bahnsystem. Am Dienstag hat, wie aus Rotterdam gemeldet wird, im Haag eine Besprechung mit einer aus Vertretern verschiedener Handelskammern zusammengesetzten Kommission stattgefunden, die sich mit der bevorstehenden Aufhebung des Bahnschwanges, namentlich im Verkehr mit Deutschland befaßte. Die Kommission hat gegen die Aufhebung des Schwanges keine Bedenken mehr. Die endgültige Abschaffung des Bahnschwanges soll möglichst noch vor dem 1. Januar 1926 durchgeführt werden.

Keine Immatrikulation kommunistischer Studenten in Bayern. Der Vorkursurier meldet aus Augsburg, daß das bayerische Kultusministerium einem kommunistischen Studenten, der in Berlin und Frankfurt Mitglied der dort bestehenden kommunistischen Studentengruppe gewesen war, eröffnet hat, daß sein Ansuchen um Immatrikulation an der Münchener Universität und überhaupt an jeder bayerischen Hochschule nicht entprochen werden kann, weil er Mitglied einer Partei sei, die den Umsturz des Staates betreibt.

Zur Frage der ungarischen Staatsform. Die ungarische Nationalversammlung hat einen Antrag zur Vorbereitung einer Volksabstimmung über die Staatsform abgelehnt. Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte hierzu, daß diese Frage bereits im Jahre 1923 durch ein Gesetz im Sinne einer Aufklärung des Königstums entschieden worden sei.

Die Kabinettsbildung in Holland. Wie die „Niederländische Telegraphenagentur“ erfährt, hat die Königin den freisinnig-demokratischen Abgeordneten Marchant mit der Kabinettsbildung betraut.

Betterle 4. Aus Paris wird gemeldet, daß der frühere, erlassliche Reichstagsabgeordnete, Abbé Betterle, in Rom, wo er Attaché der französischen Vertretung beim Vatikan war, gestorben ist.

Das Eisenbahnunglück bei Bellinzona vor Gericht. Die Gerichtsverhandlung im Prozeß wegen der Eisenbahnkatastrophe bei Bellinzona wurde auf Antrag des Verteidigers der Angeklagten vertagt, der darauf hinwies, daß der Angeklagte an der Inhaftierung die Frage der Verantwortlichkeit in ein neues Licht gerückt habe.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

Die nächsten öffentlichen Sitzungen des Landtags finden am morgigen Donnerstag, 20. November, statt, und zwar um 11 Uhr vormittags und um 1/2 12 Uhr nachmittags. Die Tagesordnung der Vormittags-Sitzung lautet:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann

1. Mündliche Berichte des Geschäftsausschusses und Beratung über

a) die Mandatsniederlegung des Abg. Steiner, Bericht erstatter Abg. Obfischer;

b) den Vertrag wegen Herstellung der Drudarbeiten für die Landtagsperiode 1926/29, Berichterstatter Abg. Dr. Wolfhard;

2. Mündliche Berichte des Landständischen Ausschusses an den Landtag und Beratung über die Prüfung folgender Rechnungen:

a) der Amortisationskasse für die Rechnungsjahre 1923 und 1924, Berichterstatter Abg. Seuber;

b) des Domänengrundstocks für die Rechnungsjahre 1923 und 1924, Berichterstatter Abg. Dr. Glodner.

#### Nachmittags-Sitzung:

1. Wahl der Minister und Staatsräte.

2. Wahl des Staatspräsidenten und dessen Stellvertreter.

### Staatliche Beihilfe für die Jugendarbeit

Bei einer am Freitag in Karlsruhe abgehaltenen Gesamtsitzung der badischen Landesauschüsse für Arbeitsübungen und Jugendpflege konnten 80 000 Mark aus staatlichen Mitteln für die Arbeitsübungen und Jugendpflege treibenden Verbände zur Verteilung gebracht werden. Die verfügbare Summe bedeutet das vierfache der bisher aufgewendeten Beträge und wurde unter die empfangsberechtigten Epigenorganisationen im Verhältnis zu ihren Mitgliederzahlen an die Jugendlichen umgelegt. Für die Stadt- bezw. Ortsauschüsse konnten Beihilfen nicht geleistet werden, da dies nach Ansicht der maßgebenden Stellen dem Aufgabebereich der Gemeinden zufällt.

### Tagung der Krankenhausärzte Badens

Am Sonntag vereinigten sich in Offenburg etwa 40 Chirurgen der hauptsächlichsten Krankenhäuser Badens zu einer Tagung. Der engere Vorstand des Verbandes, Dr. Starb vom städtischen Krankenhaus in Karlsruhe als Vorsitzender, Reichsminister Dr. Krumm vom Diakonissenhaus in Karlsruhe, Dr. Kiehl vom städtischen Krankenhaus in Mannheim, Dr. Bauer von Emmentingen und Dr. Hoffmann von Offenburg waren bereits am vormittag zu einer vorbereitenden Besprechung zusammengekommen. Die eigentliche Tagung fand am Nachmittag in den Räumen des städtischen Krankenhauses statt und wurde von Chefarzt Dr. Hoffmann eröffnet. Sachliche Beratungen füllten den Nachmittag aus.

### Die Fernstromleitung des Badenwerks Rhina-Billingen

Die Arbeiten an der Fernstromleitung des Badenwerks Rhina-Billingen-Bonnhof-Billingen wurde am 15. d. M. beendet. Auf der Strecke Billingen-Rhina sind in der Zeit von Pfingsten d. J. bis 15. November 820 Masten mit einer Durchschnittshöhe von 24 Meter aufgestellt und die entsprechenden Leitungsdrähte gespannt worden. Es waren damit ein Leiterender und 4 Streckeneingänge, 50 Masten und 800 bis 400 Tagelöhner der Firma Brown, Boveri & Co., Mannheim, beschäftigt. Durchschnittlich wurden 70 bis 80 Stunden in der Woche gearbeitet.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

**Donauerschiffen, 24. Nov.** Zur Familientragödie **Henning** wird noch berichtet: Als der junge Henning sein Liegendes von der angeblichen Erbschaft zusammenbrechen sah, schritt er zur Tat. Wie bereits berichtet, soll sich seine Braut, ein Fräulein W., nach einer anderen Person eine Gräfin, infolge unheilbaren Lungenleidens in Capri von einem Felsen ins Meer gestürzt haben. Ihr in England befindliches Vermögen soll dem jungen Henning anheim gefallen sein. Es ist bisher unklar, wie die Eltern den vollkommen durch nichts bewiesenen Angaben des Henning Glauben schenken konnten. Voller Vertrauen bauten aber die Eltern ihre Zukunft auf diese angebliche Erbschaft auf. In München waren bereits in einem Hotel Zimmer bestellt, die Kasse zur Abreise nach Athen und Koffer lagen bereits vor, alles nur zur Abreise gerüstet, nur das Geld fehlte noch. Nun hat der junge Henning wohl gefühlt, daß sein Liegendes zusammenbrechen mußte. Er lud unter falschen Angaben den Vater in das obere Stockwerk und gab von hinten zwei Schüsse auf den Kopf seines Vaters ab, die sofort tödlich wirkten. Die Mutter hielt die Hand zur Abwehr vor das Gesicht, die Hand wurde aber durchschossen und eine schwere Gesichtsverletzung führte ihren Tod herbei. Die am Kaffeetisch sitzende Sekretärin Hermann wurde ebenfalls von hinten erschossen. Der junge Henning hatte sich durch sein Aufsetzen in Donauerschiffen und Umgebung bereits sehr unbeliebt gemacht. Wegen verschiedener Vorfälle war er von seiner Heidelberger Verbindung ausgeschlossen worden. Henning gehörte auch zu den jungen Männern, die seinerzeit beim Besuche des Erbprinzen Dr. Karl Fritz in Donauerschiffen die schwarz-rot-goldene Fahne bei der katholischen Stadtkirche heruntergerissen und verbrannten.

**Aus der Landeshauptstadt**

**In das Reichsgericht berufen.** Landgerichtsdirektor **Justus Bender**, ist wie die „Bad. Presse“ meldet, als Reichsgerichtsdirektor in das Reichsgericht in Leipzig berufen worden, um dort die durch den Tod des kürzlich verstorbenen Reichsgerichtsrat **Budewer** freigewordene Stelle einzunehmen. Landgerichtsdirektor **Bender** trat im Jahre 1892 in den badischen Justizdienst ein. Er war Amtsrichter und dann Oberamtsrichter in Weiskirchen, Forstheim und Freiburg, wurde dann dort Untersuchungsrichter beim Landgericht, darauf zum Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt ernannt und zu Beginn des Jahres 1923 als Landgerichtsdirektor nach Karlsruhe berufen.

**Die Arbeitslosigkeit im Arbeitsnachweisgebiet Karlsruhe.** Im Gebiet des Arbeitsnachweisbezirks Karlsruhe (Karlsruhe, Durlach, Ettlingen) steigt die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag. In diesem Gebiet sind zur Zeit 8975 Arbeitsuchende vorhanden, davon 8125 männliche und 850 weibliche. Davon entfallen auf die Stadt Karlsruhe 3339 Arbeitsuchende, darunter 2544 männliche und 795 weibliche. Nicht inbegriffen sind den obigen Ziffern diejenigen Arbeiter, die in ihren Geschäften zeitweise aussetzen müssen.

**Die Billianscheine aus der unseligen Inflationszeit** verfallen, wenn sie nicht bis zum 30. November 1925 bei den Reichsbankstellen eingelöst werden. Nach diesem Termin ist ein Umtausch nur noch bei der Reichsbank in Berlin direkt möglich.

**Warnung.** Die Firma „Racona“ (Holland), vor welcher Anfangs d. J. schon gewarnt wurde, weil sie Leichtgläubige mit ihrem Fleckentfernungsmittel „Racona“ schädigte, bietet neuerdings wieder die Alleinvertretung für ein Mittel „Racon“ an. Vor Anknüpfung von Geschäftsbeziehungen mit dieser Firma warnt das Badische Landespolizeiamt in Karlsruhe.

**Badisches Landestheater.** Es ist ein Beweis für die Güte seiner Idee, daß sich der Schwant „**Benion Schiller**“ von **Wilhelm Jacoby** und **Karl Kaufs**, der am nächsten Sonntag, den 29. November, im Konzerthaus neuinstudiert in Szene geht, nun fast schon ein Vierteljahrhundert im Spielplan der deutschen Theater halten konnte. In Karlsruhe erschien er zum ersten Mal im Jahre 1892 und zuletzt im Jahre 1921. — Die für Freitag, den 27. ds. Mts. angezeigte Aufführung von **Schillers „Räubern“** ist besonders für auswärtige Theaterbesucher bestimmt. Dank dem Entgegenkommen der Reichsbahndirektion werden an diesem Tage die letzten Abendzüge (fahrplanmäßig hier ab nach Offenburg 10.30 Uhr, nach Bruchsal 10.50, nach Forstheim 10.46 Uhr) ausnahmsweise und zum Versuch 23 Minuten nach Theaterschluss erst abgefahren werden. Da die Vorstellung gegen 11 Uhr endet, werden auswärtige Besucher den Zug zur Heimfahrt unter allen Umständen erreichen.

**Aufsuggestion nach Methode Coué.** Der Name des Psychologen **Emil Coué** in Nancy ist heute in aller Welt Mund. Seine Methode lehrt uns, die Kraft in uns zu gebrauchen, die uns zur Gesundheit führt, und besteht in Verlesen richtiger Eingebungen in das Unterbewußtsein. Aber auch im

gesamten Menschenleben spielt die Selbstbesserung die größte Rolle, in der Jugend- und Selbsterziehung, im Berufs- und Sportleben, in der Kunst, der Religion, kurz: „Suggestion ist fast in allem“. Es ist daher erklärlich, daß großes Interesse aus allen Kreisen unserer Bevölkerung dem Vortrag gezeigt wird, der durch den Affilierten und alleinbeglaubigten Vertreter **Coués: Herrn Jean Benit**, morgen, Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr im Eintrachtsaal abgehalten wird. Herr Benit ist ein ausgezeichnete Redner und spricht fließend deutsch. Der Vortragende ist auch bereit, gestellte Fragen zu beantworten. Die Konzertdirektion **Kurt Neufeldt** hat den Vorverkauf übernommen.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe** von 8 Uhr morgens. In Baden war es gestern meist bedeckt bei circa 2 Grad unter normaler Temperatur. Vereinzelt, namentlich in Nordbaden, fiel Schnee. Über der Nordsee hat sich eine Zyclone neu gebildet, die bei starkem Sturm an der Küste den Aufstrom polarer Luftmassen nach Süden weiterhin sichergestellt. Zunächst liegt unser Gebiet allerdings im Bereiche ihres warmen Sektors, so daß der Kälteeinbruch noch etwas verzögert wird. Mit dem Weiterzug der Zyclone, wahrscheinlich nach Osten, wird die Kaltluft auch zu uns gelangen. Voraussage für Donnerstag: Nach vorübergehender Temperaturzunahme (Gebirge noch Frost), später erneute Temperaturabnahme, verbreitete Niederschläge (Gebirge Schnee), südwestliche, später nordwestliche Winde.

**Handel und Wirtschaft**

**Berliner Devisennotierungen**

	25. Nov.		24. Nov.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.57	168.69	168.70	169.19
Kopenhagen 100 Kr.	104.52	104.78	104.54	104.80
Italien . . . 100 L.	16.94	16.98	16.77	16.81
London . . . 1 Pf.	20.319	20.369	20.327	20.379
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	15.73	15.77	16.41	16.45
Schweden . . . 100 Kr.	80.78	80.95	80.85	81.00
Wien 100 Schilling	53.11	53.25	53.08	53.22
Prag . . . 100 Kr.	124.42	124.62	124.42	124.46

Notierung überall 100 Prozent

**Pianos-Harmoniums**

erste Weltmarken, zu günstigen Preisen und Bedingungen.

**KARL LANG**

Kaisersstraße 167<sup>1</sup>  
D 947 Telefon 1073  
Salamanderschuhhaus

**Wijnand Fockink**  
LIKÖRE  
Weltberühmt seit 1679  
AMSTERDAM KÖLN

**Eintracht**  
Morgen, Donnerstag, den 26. November, 8 Uhr  
**Demonstrations-Vortrag**  
über die  
**Coué-Methode**  
bezw. über die bewußt angewandte **Selbstbesserung** auf allen Lebensgebieten (Gesundheitspflege, Erziehung, Berufstätigkeit, Lebensführung) durch **Jean Benit**, den alleinigen beglaubigten Vertreter des Herrn Coué in Nancy  
Karten zu Mk. 1.50, 2.—, 3.— und 4.— bei **Kurt Neufeldt, Waldstr. 39**

**Badische Lichtspiele**  
Konzerthaus

Von Mittwoch, den 25. bis einschl. Donnerstag, den 26. November, jeweils abends 8 Uhr  
Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags

**Feuerläufer der Südsee**  
Erlebnisse auf den Fidschi-Inseln

**Felix bei den Eskimos**  
Musikalische Begleitung: **Polizeikapelle**  
Preise: Mark 1.80, 1.60, 1.30, 1.— und 0.80  
Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise  
Vorverkauf: Musikhaus **Müller**, Kaiserstr.  
Konzerthaus geht  
E. 932

**Staatslotterie**  
Diejenigen Teilnehmer meiner Kollekte, die keine Gewinn-Benachrichtigung erhalten haben, werden höflich gebeten, ihre Lose bis längstens  
**Freitag, den 4. Dezember 1925**  
zur 3. Klasse der 26./252. Preußisch-Südd. Klassenlotterie zu erneuern  
**Bernhard Goldfarb**  
Badischer Lotterie-Einnehmer  
Kaiserstraße 181

**BAUBUND-MÖBEL**  
**HERVORRAGEND in FORM und GÜTE!**  
Ausstellung im Markgräflichen Palais am Rondellplatz  
Karlsruhe Karl-Friedrichstr. 23 Ecke Markgrafenstr.

**Staats-Lotterie**  
Die Auszahlung der Gewinne aus der 2. Kl. sowie die Erneuerung der Lose zur 3. Kl. der **26./252. Preußisch-Süddeutschen Klassen-Lotterie** findet ab heute in meinen beiden Geschäften statt.  
**Schluß der Erneuerung: 4. Dezember**  
Die Ziehung der 3. Klasse ist am 11. und 12. Dezember 1925 E. 931  
Ich habe noch eine beschränkte Anzahl Kauflose abzugeben, die ich neu hinzutretenden Spielern anbiete zum amtlichen Preise von  
1/8 1/4 1/2 1 Doppellos  
9.— 18.— 36.— 72.— 144.— R.-M.  
**ZWERG** vormals **Götz**  
Bad. Lotterie-Einnehmer, Karlsruhe  
Hebelstraße 11 und Waldstraße 38  
Telephon 4828. Postcheckkonto 17808

stellt hat und Überschuldung vorliegt. Der Rechtsanwält **Dr. Meier** in Wühl wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 9. Dezember 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Verbeibaltung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Samstag, den 19. Dez. 1925, vormittags 11 Uhr**, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Mittwoch, den 30. Dezember 1925, vormittags 11 Uhr**. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wurde aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 9. Dezember 1925 Anzeige zu machen.  
Wühl, 24. Nov. 1925.  
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

erlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 9. Dezember 1925 Anzeige zu machen.  
Wühl, 24. Nov. 1925.  
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

E. 542. **Nachst.** über das Vermögen der Firma **Max Gehlisch** (Inhaber: Erben-Gemeinschaft zwischen Kaufmann **Max Gehlisch** Witwe **Emma** geb. Kaufmann und ihren 3 minderjährigen Kindern) in **Nachst.** wurde heute nachmittags 4 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Kaufmann **Hermann Haag** in **Nachst.**, Kapellenstraße 12. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 23. Dezember 1925, vorm. 9 Uhr. Anmeldefrist, offener Arrest und Anzeigefrist bis 13. Dezember 1925.  
Nachst., 24. Nov. 1925.  
Amtsgericht **Nachst.**  
Gerichtsschreiber.

**Badisches Landestheater**  
Donnerstag, 26. Novemb. 1925  
A. 9. Th.-Gem. 1101—1200  
**Die Fledermans**  
Operette in 3 Akten  
Musik v. **Johann Strauß**  
Musikal. Leitung: **F. Wagner**  
In Szene gesetzt von **O. Krauß**  
Personen:  
Eisenstein  
Nofalinde  
Frank  
Orlofsky  
Alfred  
Doktor Jalle  
Doktor Blind  
Abele  
Ally-Bey  
Ramsulin  
Murray  
Carltoni  
Frosch  
Jwan  
Jda  
Kontwig  
von Ernst  
Weyrauch  
Strad  
Büh  
Loffe  
Hende  
Joebisch  
Lindemann  
Ragel  
Blachinski  
Meyer  
Müller  
Kilian  
Matterstock  
Vor dem 3. Akt als Einlage:  
Walzer „An der schönen blauen Donau“ von **Johann Strauß**.  
Anfang 7 1/2 Ende nach 11  
Sperfrist 1 Mt. 7.40.

# Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger  
Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen

Nr. 47

Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Geldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 30 Geldpfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe 1. D.,  
Karlsruherstraße 14, bezogen werden.

25. November 1925

## Bekämpfung von Auswüchsen des Kartellwesens

Im Rahmen der Preisabbaufaktion des Reichs ist vorgesehen, die Bestimmungen der bestehenden Kartellverordnung über den bisherigen Umfang hinaus gegen die Preisüberspannungen und sonstigen Auswüchse der Kartelle anzuwenden. Die Kartellverordnung eröffnet zur Bekämpfung schädlicher Kartellmaßnahmen in Gewerbe und Handel zwei Wege: zum ersten kann das Reich unmittelbar oder durch Vermittlung des Kartellgerichts einschreiten, und zwar kann es auf Gebieten, auf denen eine Überspannung des Kartellwesens in einer das Gemeinwohl gefährdenden Weise zu spüren ist, eben diese Auswüchse der Kartelle oder sogar die ganzen Kartelle selbst beseitigen; zum zweiten sind dem einzelnen Mitglied des Kartells in der Kartellverordnung Rechte gegeben, die geeignet sind, es vor Überspannungen und Übergriffen der Organisation zu schützen und ihm die Möglichkeit zu geben, sich von den gesamten oder auch von einzelnen Bindungen des Kartells zu befreien. Mit Hilfe dieser durch die Kartellverordnung dem Einzelmitglied gegebenen Rechte können Außenstehende für die Kartelle geschaffen werden, die dann allein durch ihre Konkurrenz ungeschäftliche Erhöhungen der Kartellpreise zum mindesten erschweren oder unmöglich machen. Durch Anwendung dieser zuletzt erwähnten Vorschrift ist es dem Kartellgericht gelungen, gewisse Erfolge zu erzielen. Eine größere Anzahl Einzelmitglieder der verschiedensten Kartelle sind nach Anrufung des Kartellgerichts von der Bindung des betreffenden Kartells befreit, und es ist ihnen die Ausübung freier Konkurrenz neben dem Kartell ermöglicht worden. Das hat sogar in einer Reihe von Fällen in seiner weiteren Auswirkung zu einem Zusammenbruch des in Frage kommenden Kartells geführt.

Hat man also auf diesem Wege bisher schon Übergriffe des Kartellwesens verhindert, so wird man nun in Zukunft auch bemüht sein, mit den dem Reich selbst zur Verfügung stehenden Mitteln, sei es direkt, sei es über das Kartellgericht, nachzuhelfen. Von diesen Mitteln ist bisher wenig Gebrauch gemacht worden; vielmehr ist eine Einwirkung in verbindlicher Form auf dem Verhandlungswege versucht worden. Das Reich will nunmehr von dem ihm im § 4 der Kartellverordnung gegebenen Recht nicht mehr nach längerem Verhandlungen, sondern sofort Gebrauch machen, und zwar wird es entweder die Möglichkeit eines ganzen Kartells oder eines einzelnen Kartellbeschlusses durch das Kartellgericht feststellen lassen, oder von sich aus bestimmen, daß die Mitglieder die Kartellbindungen in weiterem Umfange kündigen können. Das Reich kann auch anordnen, daß alle künftigen Maßnahmen und Beschlüsse des Kartells vor ihrem Inkrafttreten dem zuständigen Ministerium des Reichs vorzulegen sind. Von der schärferen Handhabung der Kartellverordnung ist eine schnellere Vereinerung der Wirtschaft von den Auswüchsen des Kartellwesens zu erwarten als auf dem Wege gütlicher Einwirkung. Der Weg ist bereits beschritten: gegen verschiedene Kartelle hat das Reich Klage beim Kartellgericht eingereicht. Es handelt sich zunächst um eine Reihe vertikaler Verbände der Textilindustrie, die nach wie vor auch in inländischen Warenverkehr an der Fikturierung in ausländischer Währung festhalten.

Ein noch weitergehendes Mittel gibt der § 5 der Kartellverordnung dem Reich zur Bekämpfung von Überspannungen im

Kartellwesen, ein Mittel, das, wie sich erwiesen hat, von den Beteiligten sehr gefürchtet wird. Das Reich kann nämlich anordnen, daß die Pflicht, Beschlüsse und Maßnahmen des Kartells dem zuständigen Ministerium vorzulegen, nicht nur für das bestehende Kartell gilt, sondern daß sie auch für alle weiteren Verbände besteht, die sich nach Auflösung des Kartells bilden, und an denen die gleichen Persönlichkeiten und Kräfte beteiligt sind wie an den alten. Dadurch wird verhindert, daß ein Kartell, um sich der ihm unangenehmen Vorlegungspflicht zu entziehen, sich zunächst auflöst und dann nach einiger Zeit von neuem auftaucht.

Nun aber darf nicht verkannt werden, daß es noch eine Reihe von Mißbräuchen auf dem Gebiete der Preisfestsetzungen und Bedingungen gibt, die nicht so sehr im Kartellwesen als solchem begründet sind, sondern die sich ursprünglich von einer gewissen Monopolstellung herleiten. Wer ausschließlich oder auch nur zum größten Teil den Verkauf eines bestimmten Produktes in der Hand hat, hat fast immer, ähnlich wie die Kartelle auf dem Wege des Zusammenschlusses, die Möglichkeit, seinen Abnehmern einseitig die Kaufbedingungen zu diktieren und seine privatwirtschaftlichen Interessen einseitig ohne Rücksicht auf Abnehmer und Verbraucherschaft zu vertreten. Hier bietet der § 10 der Kartellverordnung eine Handhabe zur Verhinderung volkswirtschaftlicher Nachteile. Demnach kann das Kartellgericht auf Antrag des zuständigen Reichsministeriums feststellen, daß ganz bestimmte Vertragsklauseln das Gemeinwohl gefährden, und es kann anschließend an diese Feststellung veröffentlichen: jeder einzelne Käufer, der unter den genannten Klauseln und Bedingungen gekauft hat, besitze die Möglichkeit, sich von den abgeschlossenen Verträgen durch Kündigung loszulösen. Es handelt sich hier also nicht um Maßnahmen, die das Verhältnis der Mitglieder eines Kartells untereinander betreffen; ein solches Vorgehen trifft vielmehr das Verhältnis von Käufer und Verkäufer und schützt den Käufer, dem vom Verkäufer ungebührliche Bedingungen und Klauseln auferlegt sind.

Welches sind nun in der Hauptsache Verkaufsklauseln, die heute noch angewendet werden und die als preisverteuernd und schädlich zu betrachten sind? Es handelt sich da zunächst um eine Reihe von Bedingungen, die aus der Inkubationszeit herübergeschleppt sind und in ihrer heutigen Anwendung preissteigernd wirken können. Da gibt es zum Beispiel die „Preispreisklausel“ oder die Klausel „freibleibender Preis“, die bewirkt, daß der Abnehmer nicht mit festen Preisen rechnen kann und infolgedessen beim Wiederkauf eine Mißprognostie ausschlägt. Eine große Anzahl von Verbänden und Kartellen klammern sich immer noch an diese Klauseln. Des weiteren wird immer noch, so sehr es bei unsrer doch endgültig stabilisierten Währung flingen mag, hier und da bei Kaufabschlüssen im Inlande zwischen Inländern Zahlung in ausländischer Währung verlangt. Auch solche Zahlungsforderungen können den Abnehmer veranlassen, beim Wiederkauf Mißprognostien in seine Preise einzukalkulieren. Ähnlich sind die Verträge und Klauseln zu beurteilen, die zum ausschließlichen Geschäftsverkehr auf der Basis der Gegenseitigkeit verpflichten. Hierdurch werden alle Abnehmer oder Produzenten der einen Produktionsstufe verpflichtet, nur an kartellmäßig organisierte Firmen der anderen Produktionsstufe zu liefern. Aber nicht nur die Kartelle allein sind bemüht, die Abnehmer ihrer Waren in ihrer Geschäftsbeziehung an sich zu binden. Auch einzelne Unternehmungen versuchen ihre Ab-

nehmer zu verpflichten, ihre Produkte nur zu bestimmten Preisen weiterzukaufen. Das hat in erheblichem Umfange preissteigernd gewirkt. Es handelt sich hier um das Gebiet der sogenannten Markenartikel. Wenn auch nicht bekannt werden darf, daß bei Markenartikeln immer eine gewisse Qualität gewährleistet ist, so kann doch nicht die Tatsache übersehen werden, daß in einzelnen Fällen die Preissteigerung, die durch die Verpflichtung der Abnehmer, nur zu bestimmten Preisen weiterzukaufen, verursacht worden ist, für das gesamte Preisniveau schädlich wirkt.

Es handelt sich bei der in Zukunft zu erwartenden verschärften Anwendung aller dieser und noch zu besprechenden Maßnahmen jedoch nicht — wie von maßgebender Seite betont wird — um eine Erneuerung der Zwangswirtschaft oder um Anläufe zu ihrer Erneuerung. Es soll nur dem freieren Luftzug einer freien Konkurrenz in der deutschen Wirtschaft wieder Tor und Tür geöffnet werden; der eiserne Ring soll gesprengt werden, der heute noch vielfach das freie Getriebe der Wirtschaft in Produktion und Handel zum Schaden der Gesamtheit hemmt. Darum will sich das Reich nachdrücklich dafür einsetzen, daß eine vertriebs- oder mündliche, ausgeprochene oder stillschweigende Diktatur von seiten einzelner Organisationen oder Firmen in Bezug auf die Preisbildung unbedingt beseitigt wird. Der einzelne Kaufmann und die Genossenschaft muß unter allen Umständen in der Lage sein, unter Berücksichtigung der Erzeuger- und der Marktpreise in freier Konkurrenz zugleich den eigenen Betrieb zu haben und die Preise für den Verbraucher auf ein Mindestmaß herabzudrücken.

## Vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund

Der Allg. Deutsche Beamtenbund veranstaltete am vorletzten Sonntag in Offenburg eine Kundgebung des Landesauschusses Baden. Die Versammlung bedauerte in einer angenommenen Resolution die ablehnende Haltung der Reichsregierung in den Beamtenforderungen. Nicht der Mangel an Mitteln habe die Schuld an der ablehnenden Haltung, sondern der gewaltige Druck der Industrie und des Kapitals. Die Versammlung fordert vom Reichstag, daß er bei seinem Wiederzusammentritt dahin wirken möchte, die Regierung zu veranlassen, der großen Not der Beamten durch eine Verbesserung ihrer Löhne zu helfen. Sie erwartet ganz besonders, daß die rechtsstehenden Fraktionen sich nicht wieder ablehnend den Verbesserungsanträgen gegenüber verhalten.

## Zeitschriftenschau

**Roberte Kaufmann.** Das Novemberheft dieser ausgezeichneten Zeitschrift für Architektur und Raumkunst (Verlag Julius Hoffmann Stuttgart) bringt einen größeren Aufsatz mit zahlreichen Abbildungen über neuere Baukunst, d. h. über Siedlungsbauten des Wiener Stadtbauamts. Der Aufsatz ist außerordentlich lehrreich und anregend und sollte von den Leitern und Architekten der Bauämter der deutschen Großstädte mit Aufmerksamkeit gelesen werden. Manche in Wien gefundenen Lösungen sind sehr nachahmenswert. Das Heft enthält ferner wieder mehrere farbige Blätter, die uns mit charakteristischen Innenräumen bekannt machen, sowie Abbildungen von modernen Möbeln.

## Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

**E. Büchle** Kunsthandlung und Rahmenfabrik  
Karlsruhe, Kaiserstr. 128 zwischen Wald- und Karlstr.  
**Wandbilderschmuck**  
Inhaber: W. Bertsch Bildereinrahmungen

Das **Tapeten-Haus** von  
**Rieger & Matthes Nchf.**  
Kaiserstraße 186 **KARLSRUHE** Fernruf 1783  
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in den neuesten Mustern  
Spezialität: **Stil- und Künstler-Tapeten**  
Muster stehen gerne zur Verfügung 477

Kunsthandlung **Wandschmuck**  
für jeden Geschmack  
in reichster Auswahl  
**MOOS**  
KAISERSTR. Nr. 187 Eigene Werkstätte für  
TELEPHON Nr. 994 Einrahmungen 406

Gelten günstige Kaufbedingungen!  
Für nur 20 M. Anzahlung  
  
und wöchentliche Ratenzahlung von M. 4.— bekommen Sie ein stabiles  
**Herrn- oder Damen-Fahrrad, Emailherd u. Nähmaschine**  
mit zwei Jahren Garantie  
Die Ware wird bei Anzahlung sofort ausgehändigt  
Mäntel, Schläuche, Pedale, Ketten usw. staunend billig  
**Fahrrad-Kunzmann, Karlsruhe i. B., Zähringerstraße 46**

**Damenpelze — Pelzmützen**  
äußerst vorteilhaft  
**L. PH. WILHELM**  
205 Kaiserstraße 205 476

**Spenglers Geschichts-Philosophie**  
Eine Kritik  
Von  
Prof. Dr. **KARL SCHÜCK**  
Preis M. —.75  
Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.

## Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

**Stempel-Herdle**  
Waldstr. 44 **KARLSRUHE** Telefon 1133  
**Kautschuk-, Metall- und Signier-Stempel, Email- u. Metallschilder**  
Sämtliche Stempelutensilien  
**Rascheste Lieferung**  
Laden: Kaiser-Allee 41. Telefon 3981

**G. BRAUN** OH **KARLSRUHE**  
vormals G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag  
Karlsruherstraße 14  
Herstellung von Druckerarbeiten  
für staatliche und städtische Behörden

**GEBRÜDER BACHERT**  
  
**KARLSRUHE i. B.**  
Liststr. 5 Tel. 443 478  
Glocken- und Metallgiesserei  
Eisen- und Temporgiesserei

Druck G. Braun, Karlsruhe.